



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Von der preussischen Grenze.

Ein neuer Stillstand in der großen Frage, die Europa bewegt! Oestreich hat eingewilligt, auf einem europäischen Congreß die italienischen Verhältnisse zu besprechen. Zwar hat man noch keine Ahnung davon, wie auf diesem Congreß zwischen den schroff entgegenstehenden Ueberzeugungen von Recht und Zweckmäßigkeit eine Verständigung hervorgebracht werden soll; keine Ahnung, wie man den Verdruß über die zwischen Oestreich und einigen italienischen Staaten abgeschlossenen Verträge so formuliren wird, daß eine Rechtscontrovers daraus gemacht werden kann; man weiß nicht einmal, wer den Congreß beschicken wird, ob die fünf Großmächte allein, oder auch die italienischen Staaten, die doch zunächst betheiligte sind; alle Wahrscheinlichkeitsgründe sprechen vielmehr dafür, daß der Congreß ebenso resultatlos auseinandergeht, wie der wiener 1854: aber wir schreiben jetzt März, der Congreß wird frühestens im Mai zusammenkommen, und so kann man zwei Monate wieder aufathmen; zwei Monate ist der Waffenstillstand so ziemlich gesichert. Wie die betheiligten Mächte, die so ungeheure Rüstungen gemacht, sich bei dieser Verlängerung des Statusquo befinden, das ist ihre Sache: manche von ihnen mag sich damit trösten, daß wer ohnehin bankrott ist, nicht viel verlieren kann.

Die Zeit der Ruhe haben vor allen Dingen die deutschen Bundesstaaten zu einer Verständigung über ihr Verhalten beim Eintritt der Krisis zu benutzen. Oestreich hatte vor zwei Monaten mit seiner Anfrage an die Mittelstaaten Preußen den Rang abgelassen; Preußen hat jetzt die beste Gelegenheit, das Verlorne in vollem Maß wieder einzubringen. Möge sich unsre Regierung immer vor Augen halten, daß sie nichts ist ohne Deutschland, daß es aber ganz in ihrer Hand liegt, bei offenem und redlichem Verhalten Deutschland mit sich zu ziehn; wenn die Leidenschaften nicht die Ueberlegung zurückdrängen, muß es den kleinen und mitteldeutschen Staaten evident sein, daß sie nichts sind ohne Preußen.

Preußen war unpopulär, als es 1848 den Ruf der Solidität einbüßte, als man nicht wußte, wer regiere; es wurde wieder unpopulär, als es 1850 mit seinen Traditionen brach und mit dem Feudalismus liebäugelte. Und es wäre eine gewaltige Täuschung, anzunehmen, daß nur bei den Völkern sein Ruf gefallen war: die öffentliche Meinung ist eine große Macht, die Höfe, die Regierungen dachten in dieser Beziehung grade wie die Völker. Der Umschlag in der Stimmung seit dem Herbst vorigen Jahres ist allseitig; wenn einige Blätter, namentlich alt-sächsisch, im Anfang schmolten, so hat sich das sehr schnell gegeben, und wir lesen namentlich in der „Leipziger Zeitung“, die zu Anfang des preussischen Regierungswechsels sehr starke Dinge sagte, gegenwärtig die liberalsten Adressen an das preussische Brudervolk und die preussische Bruderregierung. Wenn in Preußen die Regierung mit dem Geist der Nation Hand in Hand geht, die alte traditionelle Solidität aufrechterhält, und den Muth ihrer Ueberzeugung hat, so gibt es keinen Flecken in Deutschland, der auf die Länge der Zeit einer solchen Harmonie seinen Beifall versagen wollte. Die preussische Regierung ist am mächtigsten in Deutschland, wenn sie am mächtigsten in Preußen ist, wenn sie über die großen Kräfte ihres Volks wirklich disponiren kann.

Das gilt aber nicht blos von Preußen, es gilt von jedem deutschen Bundesstaat, und da die Kraft Deutschlands nichts Anderes ist, als die Summe der Kräfte aller deutschen Bundesstaaten, so wird auch die Kraft Deutschlands dann am größten sein, wenn alle einzelnen Regierungen mit ihren Völkern einig sind. Das ist aber darum möglich, weil trotz alles Patriotismus, der doch mehr in Redensarten, Symbolen, Fahnen und Provincialismen besteht, im Grund alle deutschen Völker dasselbe wollen. So gibt es z. B. in den Mittelstaaten viele Politiker, die auf das eifrigste für Oestreich schwärmen: wenn man die Frage aber so stellte, ob sie östreichisch werden, ob sie ihren Staat in wirkliche Abhängigkeit von Oestreich bringen wollten, so würde sich kein einziger finden, der diese Frage bejahte.

Da in Preußen — wenn man vom Herrenhaus abstrahirt, das von seiner thatsächlichen Bedeutung erst eine Probe ablegen soll — die Einigkeit zwischen Regierung und Volk wirklich hergestellt ist, so sollten die übrigen Staaten die Zeit des Waffenstillstandes dazu benutzen, bei sich demselben Ziel nachzustreben. Wenn die neueste Nachricht gegründet ist, so hätte derjenige Staat, der an Bedeutung unmittelbar auf Preußen folgt, dazu einen erfreulichen Anfang gemacht.

Herr v. d. Pfordten hat seine Entlassung eingereicht; ob der König sie annehmen wird, scheint kaum zweifelhaft, da es die Neue Münchner Zeitung ist, die jene Nachricht bringt. — Baiern bot in den letzten Jahren ein seltenes, ja man kann wol sagen ein noch nie dagewesenes Schauspiel. Ein vom besten Willen erfüllter Fürst, der durch seine Begünstigung deutscher Wissenschaft und Kunst einem edlen Nachruhm nachstrebt; ein braves, loyales Volk, der Krone unbedingt ergeben, dem man eher den Vorwurf eines zu weit getriebenen Patriotismus machen konnte als das Gegentheil: — und auf der andern Seite Confiscationen der Presse, wie sie noch nie in Deutschland erhört waren, und eine ständische Opposition gegen das Ministerium, an Umfang und Ausdauer stärker als je eine in der deutschen Geschichte! für denjenigen, der draußen stand, mußte das Schauspiel etwas Räthselhaftes haben. — Wir Preußen haben keine Veranlassung, uns in das Materielle der Streitfragen, um die es sich zwischen Regierung und Ständen handelte, einzumischen: die Thatsache stand fest, daß die Regierung durch eine, von drei Ständeversammlungen fortgesetzte fast allgemeine Opposition an Macht ungemein einbüßen mußte. Die Mitglieder der Kammern haben — und zwar mit vollster Ueberzeugung — ihre Loyalität gegen die Krone bezeugt; trotzdem, so schwer es ihnen wurde, haben sie gegen die Rathgeber der Krone ein tief eingewurzelttes Mißtrauen ausgesprochen, und dieses Mißtrauen gradewegs zu ignoriren, wie es Herr v. d. Pfordten Willens schien, hätte die besten Kräfte Baierns paralyfirt. — Wenn nun die Regierung einen andern Weg einschlägt, so ist es zunächst in ihrem eignen Interesse; aber auch wir Preußen haben keine Ursache, darüber zu trauern; denn von allen Feinden, die Preußen in Deutschland zählt, war Herr v. d. Pfordten stets der eifrigste und rücksichtsloseste.

In einer andern, aber kaum erfreulicheren Lage befindet sich Hannover. Hier ist die Regierung mit den Kammern ebenso in Einklang, wie im vorigen Jahr die preußische Regierung mit den preußischen Kammern. Freilich waren hier wie dort die Kammern in derselben Art zu Stande gebracht. — Es ist noch nicht lange her, daß die Hannoveraner mit einem gewissen Stolz auf ihre deutschen Brüder herab-

fahn. Während überall sonst die „Errungenschaften“ aufgehoben oder verkürzt wurden, schien in Hannover die Volksfreiheit auf immer gesichert. In der Besorgniß, Preußens Einfluß werde sich ungebührlich vergrößern, hatte Stüve, der Führer des Ministeriums und zugleich der liberalen Partei, nichts Eiligeres zu thun, als im Verein mit Herrn v. d. Pfordten den Bundestag wiederherzustellen, Preußen zu demüthigen und Oestreich die Hegemonie in Deutschland zu verschaffen. Die Folgen blieben nicht aus: Hessen-Kassel wurde pacificirt, Holstein den Dänen ausgeliefert, und auf Olmütz folgte in Berlin der „Bruch mit der Revolution“ und das System Westphalen. Mit verdoppeltem Stolz sah der Hannoveraner auf seinen preussischen Nachbar herab und freute sich seiner „Errungenschaften“. — Was dann weiter kam, weiß die Welt; auch der Hannoveraner: und wir hoffen, daß die liberale Partei in Hannover jetzt zu der Ueberzeugung gekommen sein wird, daß Hannover keineswegs auf einer Insel liegt, daß Fortschritt und Rückschritt in allen deutschen Staaten zusammenhängen, daß eine Solidarität der Interessen stattfindet, die nur ein Träumer verkennt. Und noch eins: daß in jedem Parteikampf Theilnahmlosigkeit verderblich ist; daß man sich gegen den gefährlichsten Gegner zu verbinden hat, gleich viel, ob man mit den Bundesgenossen durchweg einverstanden ist. — Der Feudalismus geht überall Hand in Hand; ehe der Liberalismus nicht von ihm gelernt hat, wird er keine dauernden Erfolge erreichen.

In diesen Staaten kann Preußen nur mit seinen guten Wünschen eintreten; nicht einmal zum Rathgeben hat es das Recht, da es seinerseits jeden Rath zurückweisen müßte, und da seine Ansprüche nicht höher sich steigern dürfen, als die seiner Bundesgenossen. Aber in zwei deutschen Bundesländern hat es nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, eine alte Schuld zu bezahlen: in Hessen-Kassel und in Holstein. Die Rechtsveränderung in Hessen-Kassel ist nicht durch eine innere Reaction, sondern durch die äußere Einmischung des Bundestags erfolgt. Es ist nicht ein neuer Rechtszustand hergestellt, es ist bloß der alte suspendirt. Preußen hat damals die traurige Rolle gespielt, sich im Gefolge Oestreichs einer Maßregel anzuschließen, die es mißbilligte. Es hat nun die Pflicht, beim Bundestag den Antrag auf eine friedliche und gesetzmäßige Lösung zu stellen, da der Staat durch eigene Kraft dieselbe nicht gefunden hat. Die Luft hat sich wesentlich verändert, und ein Antrag Preußens würde diesmal sich mehr Erfolg versprechen können, als vor acht Jahren. Noch günstiger liegt die Sache in dem Bundesland Holstein und den Anrechten desselben auf Schleswig. Wenn vor einigen Jahren die Großmächte sich gemüßigt fanden, um des europäischen Gleichgewichts willen ein Arrangement zu treffen, vermöge dessen unsere Brüder in Schleswig und Holstein zu ewiger Knechtschaft verdammt wurden, so scheint sich ja jetzt über den Begriff des Gleichgewichts unter den Großmächten einige Unsicherheit gezeigt zu haben: Frankreich, Oestreich, England sind über verschiedene Dinge uneins; es ist Zeit, daß Preußen, gestützt auf Deutschland, sich jetzt gleichfalls zu einer Meinung erhebt, und die definitive Aufhebung jenes Arrangements, dem es in einer unseligen Stunde beitrug, beantragt. Vielleicht wird diese Meinung einiges Gewicht haben, sobald es von derselben seine Meinung über andere europäische Conflicte, die ihm fern liegen, abhängig macht. In diesem Punkt wenigstens wird ganz Deutschland gern und freudig ihm zur Seite stehen.

Was die innern Verhältnisse Preußens betrifft, so hat man sich im Publicum jetzt wol davon überzeugt, daß die gegenwärtige „Rechte“ (die Bezeichnung will uns noch immer nicht in die Feder) nicht eine einseitige Partei, sondern die Wünsche des Volkes überhaupt vertritt, die auf Recht und Freiheit gehen, daß sie die wahre „Volkspartei“ ist. — In dieser Beziehung möchten wir über die Broschüre: die Grundsätze der preussischen Demokratie. Zwei Reden des Dr. Johann Jacoby (Berlin, Franz Duncker) einige Bemerkungen machen. Ueber die locale Bedeutung jener Reden enthalten wir uns jedes Urtheils; wir fassen nur ihre allgemeine, schon im Titel ausgesprochene Bedeutung ins Auge. Die „preussische Demokratie“ wird in derselben als eine Partei bezeichnet, die von der „Rechten“ des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses wesentlich verschieden sei: sie wird (S. 14) „den Gothaern“ gegenübergestellt, „die das Sonderinteresse der Geldaristokratie vertreten, für Standesvorrechte, Wahlcensus, Steuerungleichheit und andere künstliche Unterscheidungen schwärmen;“ wenn diese Gothaer im Monde leben sollen, so ist gegen diese Unterscheidung nichts zu sagen; soll aber unter Gothaern (in Königsberg hauptsächlich durch Simson vertreten) die jetzige „Rechte“ verstanden werden, so darf man wol kaum hinzusetzen, daß jene Definition in allen Punkten eine arge Unwahrheit enthält. — Der theoretische Unterschied, ob man das allgemeine Wahlrecht auf das Dogma eines angeborenen Menschenrechts stützt, oder auf die nüchterne Erwägung, in welcher Art die Vernunft der Nation am besten zum Ausdruck kommt, kann für die letztere Meinung gewiß nicht den Ausdruck „Schwärmerei“ rechtfertigen. — Wenn im Uebrigen die Ideen jener Broschüre wirklich die Ansichten der preussischen Demokratie ausdrücken, d. h. derjenigen Männer, die vom 18. März 1848 bis April 1849 in Preußen sich Demokraten nannten, so freuen wir uns herzlich; wir wollen nicht daran erinnern, daß am 18. März und in der Sitzung April 1849, wo die gesammte Linke in Folge eines scharfen Tadels des 18. März den Saal verließ, das Programm dieser Partei schwerlich mit den Worten anfangt: „Ehrebietung dem Könige! Achtung der Landesverfassung!“ — denn jeder Bürger hat das Recht, sich in seinen politischen Ueberzeugungen durch die Erfahrung erziehn zu lassen; nur möchten wir fragen, was den Dr. Johann Jacoby berechtigt, nicht in seinem und seiner Bekannten Namen zu sprechen, sondern im Namen jener ehemaligen Partei, die doch als solche, so viel wir wissen, keine Versammlung gehalten hat? — Sollte es nicht zweckmäßiger sein, mit den alten Streitfragen auch den Namen fahren zu lassen? Sollten diejenigen, die für das Programm: „Ehrebietung dem Könige! Achtung der Landesverfassung! den Gemeinden Selbstverwaltung! allen Bürgern gleiche Pflichten, gleiche Rechte!“ eintreten — und das thun wir ebenso wie Dr. Jacoby — nicht die alten Epitheta in alle vier Winde werfen? Wir lassen gern die Gothaer fahren; ist denn, was 1848 Demokratie genannt wurde, durchweg 1859 noch praktisch so empfehlenswerth, daß man mit diesem Namen mehr Umstände macht? Es ist nicht gleichgiltig, denn Namen trennen, wo die Sache vereinigt; und in das Stadium der blues und buffs wollen wir uns doch nicht herausschrauben. † †